

# SELBSTBEDIENUNG DER OBERSCHICHT STOPPEN!



## Keine BürgerInnen zweiter Klasse

### Der SGB ergreift das Referendum gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer

von Daniel Lampart

Selten hat das Parlament den Normalverdienenden so zu spüren gegeben, dass sie BürgerInnen zweiter Klasse sind wie in dieser Session. National- und Ständerat haben nämlich beschlossen, dass Vermögende, die in Obligationen anlegen können, keine Verrechnungssteuer mehr zahlen müssen. Wer hingegen ein Sparkonto hat, bleibt weiterhin der Verrechnungssteuer unterstellt.

Das verstösst gegen alle Gerechtigkeitsgrundsätze und die Steuervorgaben in der Bundesverfassung. Und es öffnet der Steuerhinterziehung für Vermögende Tür und Tor. Denn die Verrechnungssteuer ist auch eine Art Strafsteuer für Personen, die ihre Vermögenserträge nicht deklarieren. Bundesrat Maurer spielt das Problem herunter: Es handle sich schliesslich nur «um eine klar umrissene Anlagekategorie».

Gegen diese Ungleichbehandlung und diese Ungerechtigkeit ergreift der SGB das Referendum.

### Steuerausfälle drei bis vier Mal höher als von Bundesrat Maurer behauptet

Die Auswirkungen des Steuerschlupflochs werden generell heruntergespielt. Weil das Zinsniveau tief sei, würde die Abschaffung der Verrechnungssteuer auch kaum Steuerausfälle nach sich ziehen. Sie werden von Bundesrat Maurer auf 172 Mio. Fr. pro Jahr beziffert. Mittelfristig sei alles noch weniger schlimm, wegen «dynamischen Effekten» aufgrund der Abschaffung. Es würden viel mehr Obligationen in der Schweiz ausgegeben, was über indirekte Effekte zusätzliches Geld in die öffentlichen Kassen spülen würde.

Doch das tiefe Zinsniveau ist historisch gesehen die totale Ausnahme. Viel wahrscheinlicher ist mittelfristig ein Zinsniveau von 3 bis 4 Prozent (nominelles BIP-Wachstum plus Aufschlag für Risiko und Liquiditätsverzicht). Unter diesen Annahmen kostet die Reform dann plötzlich eher 500 Mio. Fr. pro Jahr.

Auf andere Risiken geht der Bundesrat gar nicht ein. Doch wenn man künftig nur noch auf dem Sparkonto Verrechnungssteuer abliefern muss, während die Obligationenanlagen verrechnungssteuerfrei sind, wird es Verschiebungen weg vom klassischen Bankkonto geben. Die Banken oder auch andere Anbieter (Schattenbanken) werden neue Produkte entwickeln. Bereits heute wird ein immer grösserer Teil der Hypotheken ausserhalb der Banken finanziert. Es würde nicht überraschen, wenn Anbieter entstehen, welche Hypotheken bündeln und als Obligationen weitergeben (die Finanzkrise in den USA lässt grüssen). Das kann über die Banken geschehen – aber auch ausserhalb der Banken, teilweise sogar über das Internet. Das hätte dann auch negative Auswirkungen auf die Finanzstabilität. Der Schattenbankensektor wächst bereits heute weltweit in besorgniserregendem Masse. Diese Verschiebung vom Bankkonto auf die Obligationen dürfte zudem zu weiteren Steuerausfällen führen.

### **Die einfachste Lösung: Die Abschaffung des Bankgeheimnisses**

Dabei wäre die richtige Lösung eigentlich simpel. Es braucht keine Verrechnungssteuer, wenn die Steuerpflichtigen ihre Kapitalerträge korrekt melden müssen. Die Verrechnungssteuer ist nur eine Sicherungssteuer, damit Anleger mit Schwarzgeld wenigstens 35 Prozent ihres Ertrags abliefern müssen (das Vermögen bleibt unbesteuert). Die Schweiz müsste nur den automatischen Informationsaustausch im Inland einführen. Für die Banken ist der so genannte AIA mit den meisten Ländern bereits Realität. Für sie ist es eigentlich administrativ nur mühsam, wenn sie für Schweizerinnen und Schweizer eine Ausnahme machen müssen. Das sagen viele auch im persönlichen Gespräch. Die Bankiervereinigung hat das 2015 sogar öffentlich gemacht. Sie machte Bundesrat Maurer folgenden Vorschlag: „Es werden [...] einmal im Jahr die Jahresergebnisse der Erträge, die nicht der Quellen-Verrechnungssteuer unterliegen, in aggregierter Form an die Eidgenössische Steuerverwaltung gemeldet“. Das Parlament hat sich geweigert, diesen naheliegenden Weg einzuschlagen. Dabei lohnt sich das Bankgeheimnis selbst für die Banken nicht mehr – es lohnt sich höchstens noch für die Steuerhinterzieher.